

ten Selbständigen, Mithelfenden Familienangehörigen und Arbeitern. Dagegen sind von den Angestellten nur 34 vH bei Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, aber 64 vH in Ersatzkassen pflichtversichert. Bei den Lehrlingen, von denen 20 vH einer Ersatzkasse angehören, beträgt der Anteil der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen 78 vH. Insgesamt werden 392 000 (16 vH) pflichtversicherte Erwerbstätige von Ersatzkassen betreut.

Von den 821 000 *freiwillig versicherten* erwerbstätigen Personen sind 346 000 (42 vH) Mitglieder in privaten Krankenkassen, 300 000 (37 vH) sind bei Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen und 135 000 (16 vH) bei Ersatzkassen versichert. Bei den freiwillig Versicherten zeigt sich deutlich, inwieweit sich eine frühere Pflichtversicherung auf die freiwillige Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenkasse auswirkt. So gehören 46 vH der freiwillig versicherten Selbständigen einer Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkasse und 44 vH einer privaten Krankenkasse an. Ähnlich verhält es sich bei Mithelfenden Familienangehörigen, von denen 53 vH Ortskrankenkassen und 41 vH Privatversicherungen zugehören. Die Beamten, die nur dann einer gesetzlichen Krankenkasse angehören können, wenn sie früher einmal im Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis gestanden haben, sind zu 51 vH Mitglieder in privaten Krankenkassen. Rechnet man hierzu auch die Zahl der bei den Krankenversorgungseinrichtungen von Bundesbahn und Bundespost freiwillig versicherten Be-

amten, so erhöht sich dieser Anteil auf 70 vH. Von den freiwillig versicherten Angestellten sind 56 vH Mitglieder einer Ersatzkasse.

Krankenversicherung der nicht im Erwerbsleben tätigen Personen

Die 2,058 Millionen nicht im Erwerbsleben tätigen über 14 Jahre alten Personen, zu denen die Erwerbslosen, Selbständigen Berufslosen sowie die Angehörigen ohne Hauptberuf zählen, sind zu 44 vH im Krankheitsfalle selbst versichert. Von der verhältnismäßig kleinen Gruppe der *Erwerbslosen* sind 91 vH Mitglieder einer Krankenkasse. Von den 792 000 *Selbständigen Berufslosen*, zu denen u. a. alle Rentner und Pensionäre zählen, soweit sie nicht noch einer Arbeit nachgehen, sind 741 000 (94 vH) versichert. Der größte Teil von ihnen (74 vH) genießt als Rentner Krankenkassenversicherungsschutz, 18 vH – wohl überwiegend frühere Selbständige und Beamte im Ruhestand – sind freiwillig versichert. Von den 1,250 Millionen *Angehörigen ohne Hauptberuf* sind nur 144 000 (12 vH) Mitglieder einer Krankenkasse, da sie wohl in der Mehrzahl aller Fälle beim Haushaltsvorstand mitversichert sein dürften. Sofern sie eine Krankenversicherung abgeschlossen haben, sind sie überwiegend freiwillig versichert. Eine kleine, bei den Pflichtversicherten nachgewiesene Gruppe, umfaßt die von der studentischen Krankenversorgung betreuten Studierenden der wissenschaftlichen Hochschulen.

Hans Kaeser

Die Einnahmen und Ausgaben der Arbeitnehmerhaushalte im Jahr 1959

Die Erhebungen im Rahmen der Statistik der Wirtschaftsrechnungen wurden im Jahr 1959 in unveränderter Form bei Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten einer mittleren Verbrauchergruppe weitergeführt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Berichtskreis etwas verkleinert. Außerdem wird die Kontinuität der Reihen durch den in Einzelfällen erforderlichen Austausch von Haushalten eingengt. Die eingeschränkte Vergleichsgrundlage bezieht sich in der Hauptsache auf solche Positionen, deren Bedeutung von Haushalt zu Haushalt in der Regel stärker variiert.

Lebenshaltung verbessert

Die monatlichen Gesamteinnahmen je Haushalt haben sich in bezug auf die in die Erhebungen einbezogenen Haushalte von 1958 bis 1959 um 8,9 vH erhöht, wobei die *Arbeitseinkommen* insgesamt eine Steigerung um 8,5 vH und die Einnahmen aus allen übrigen Quellen um 12,1 vH erfahren haben. Bei den Arbeitseinkommen hat das Haushaltsvorstandes um 7,3 vH zugenommen, was in etwa der Anhebung der Löhne und Gehälter entsprechen dürfte. Vergleichsweise lag der durchschnittliche Bruttowochenverdienst der Arbeiter in der Industrie und im Baugewerbe Baden-Württembergs im Jahr 1959 um 7,0 vH höher als im Jahr 1958. Nachdem 84,1 vH der Gesamteinnahmen des Haushaltes auf das Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes entfallen, ist der Einfluß der übrigen Einnahmeposten verhältnismäßig unerheblich, wobei der Aussagewert im einzelnen in größerem Maße von Zufälligkeiten mitbestimmt wird. Die allgemeine Entwicklungsrichtung dürfte jedoch im Hinblick auf die höheren Arbeitseinnahmen der Ehefrau und der Kinder, auf die zunehmenden privaten Unterstützungen und auf die höheren *sonstigen Einnahmen* den Gegebenheiten entsprechen. Auch der Rückgang der Einnahmen aus Pensionen und Versicherungen bei Haushalten mit erwerbstätigen Vorständen ist durchaus verständlich.

Die *Abzüge* an gesetzlichen Versicherungen sowie an Lohn- und Einkommensteuern (einschließlich sonstigen Steuern) sind von 1958 bis 1959 in der Summe um 2,0 vH zurückgegangen, so daß der Anteil an den Gesamteinnahmen wieder von

10,0 vH im Jahr 1958 auf 9,0 vH im Jahr 1959 gesunken ist. Was hierbei die gesetzlichen Versicherungen betrifft, so haben sich in beiden Jahren die Beitragssätze zwar kaum geändert, jedoch dürfte in verschiedenen Fällen die Einkommensgrenze hinsichtlich der gesetzlichen Krankenversicherung überschritten worden sein. Daß sich trotz der steigenden Arbeitseinkommen die Abzüge für Lohn- und Einkommensteuer um 14,9 vH ermäßigt haben, hängt in der Hauptsache mit der Reform der Lohnsteuer im Jahr 1958 zusammen, die sich erstmalig im Jahr 1959 voll ausgewirkt hat. Diese Reform hat besonders den erfaßten Haushaltstyp begünstigt.

Es wird gespart

Die Verminderung der gesetzlichen Abzüge hatte zur Folge, daß die ausgabefähigen Einnahmen (d. h. das Nettoeinkommen) von 1958 bis 1959 mit 10,2 vH stärker angestiegen sind als die Gesamteinnahmen. Andererseits stiegen die Verbrauchsausgaben nur um 8,5 vH an, so daß aus der Differenz auf eine höhere Spartätigkeit geschlossen werden darf. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nettoeinkommen und den Verbrauchsausgaben hat sich von monatlich 45,69 DM im Jahr 1958 auf 60,48 DM im Jahr 1959 erhöht, womit jedoch nur bedingt das Ausmaß der Spartätigkeit wiedergegeben ist, da sich in diesen Beträgen nicht nur Einzahlungen auf Sparkonten, sondern auch Tilgungen von Schulden niederschlagen können. Aus diesen Ergebnissen Rückschlüsse auf das Verhalten der privaten Haushalte im allgemeinen zu ziehen, ist kaum möglich, weil der Erhebungskreis nicht nach dem Zufallsprinzip gebildet worden ist und zwischen der freiwilligen Mitarbeit an der Statistik der Wirtschaftsrechnungen und dem Willen zur sparsamen Haushaltung ein kausaler Zusammenhang besteht.

Zur Beurteilung der Entwicklung der Ausgaben für die Lebenshaltung ist zunächst zu bemerken, daß die Zusammensetzung der Haushalte in den Jahren 1958 und 1959 im wesentlichen übereinstimmt. Die durchschnittlichen Vollpersonenzahlen, die das Lebensalter und den Beruf der Haushaltsmitglieder berücksichtigen, haben sich je Haushalt in bezug auf

die Ernährung von 3,11 um 1,5 vH auf 3,16 und in bezug auf die sonstigen Lebensbedürfnisse von 2,67 um 2,5 vH auf 2,74 erhöht. Diese Entwicklung ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Haushaltsmitglieder älter geworden sind.

Unter Zugrundelegung der Vollpersonen-Einheit entwickelten sich die Monatsausgaben in den Jahren 1958 und 1959 wie folgt:

Bedarfsgruppe	Monatenausgaben je Vollperson		
	in DM		Veränderung von 1958 bis 1959 in vH
	1958	1959	
In jeweiligen Preisen			
Ernährung ¹⁾	79,30	78,65	- 0,8
Übrige Gruppen	125,27	135,98	+ 8,5
Insgesamt	204,57	214,63	+ 4,9
In Preisen von 1950			
Ernährung ¹⁾	67,71	66,08	- 2,4
Übrige Gruppen	104,73	113,06	+ 8,0
Insgesamt	172,44	179,14	+ 3,9

¹⁾ Gruppen Nahrungs- und Genußmittel.

Während sich von 1958 bis 1959 die Lebenshaltungsausgaben je Haushalt in jeweiligen Preisen um 6,8 vH erhöht haben, ist nach Reduzierung der Ausgaben auf den Preisstand von 1950 nur ein Anstieg um 5,7 vH festzustellen. Von dem monatlichen Ausgabenzuwachs von 39,32 DM sind 27,79 DM als echte Anhebung des Lebensstandards zu werten, und 11,53 DM wurden durch die in Jahresfrist eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung kompensiert, so daß rund 30 vH des Unterschiedsbetrags 1958 und 1959 durch Preissteigerungen aufgewogen worden sind. Hierbei handelt es sich jedoch um ein mehr theoretisches Ergebnis, weil die Haushalte bis zu einem gewissen Grade durch geeignetes Marktverhalten den Verteuerungen auszuweichen und die Verbilligungen auszunützen pflegen.

Die Aufgliederung der Lebenshaltungsausgaben nach den Hauptbedarfsgruppen weist im einzelnen folgende Veränderungen von 1958 bis 1959 nach:

Ausgabengruppe	Veränderung der Lebenshaltungsausgaben von 1958 bis 1959 in vH	
	in jeweilig. Preisen	in Preisen von 1950
Hausrat	+ 36,7	+ 37,1
Wohnung	+ 15,3	+ 12,3
Bildung und Unterhaltung	+ 9,7	+ 8,8
Reinigung und Körperpflege	+ 9,6	+ 8,9
Bekleidung	+ 6,0	+ 5,6
Nahrungsmittel	+ 1,8	+ 0,5
Verkehr	- 3,4	- 4,2
Genußmittel	- 6,9	- 7,5
Heizung und Beleuchtung	- 7,3	- 8,8

Die Übersicht läßt ohne weiteres erkennen, daß sich die Lebenshaltungsausgaben uneinheitlich entwickelt haben. Die verhältnismäßig große Zunahme bei Hausrat hängt einerseits mit der allgemeinen Tendenz zur Anschaffung von technischen Gegenständen wie Fernsehgeräten, Waschmaschinen, Kühlschränken usw. zusammen. Andererseits hat von den in die Statistik einbezogenen Haushalten eine relativ große Zahl in den Jahren 1958 und 1959 die Wohnung gewechselt, was zwangsläufig größere Ausgaben für die Wohnungsausstattung bedingt. Es kommt außerdem noch hinzu, daß der erfaßte Haushaltstyp wegen der unterstellten Sparsamkeit stärker zu größeren Ausgaben neigt.

Auch die Ausgaben für die Wohnung sind von 1958 bis 1959 überdurchschnittlich gestiegen. Hierbei ergibt sich, daß die Durchschnittsmiete der 1959 ausgeschiedenen Haushalte ziemlich genau mit der Durchschnittsmiete der neu einbezogenen Haushalte übereinstimmt. Die Ursache der höheren Wohnungsausgaben ist demnach nicht auf den Austausch von Haus-

halten zurückzuführen; vielmehr wirkt sich in bezug auf die durchlaufenden Haushalte in starkem Maße der Wohnungswechsel in fünf Fällen aus, für die im Durchschnitt die Wohnungsausgaben um 47 vH gestiegen sind.

Einer besonderen Betrachtung bedürfen vornehmlich diejenigen Gruppen, für die die Ausgaben in Jahresfrist gesunken sind, da es sich hierbei um zunächst unverständliche Vorgänge handelt. Es zeigt sich jedoch, daß sich diese Rückläufigkeiten nur zum Teil mit der Haushaltsauswahl bzw. mit dem erforderlichen Austausch erklären lassen. In der Gruppe Verkehr sind die Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel um 5 vH zurückgegangen, und zwar dürfte in diesem Fall der Wohnungswechsel einzelner Haushalte mit maßgebend gewesen sein, der vermutlich in der Richtung zum Arbeitsplatz vorgenommen wurde. Hingegen sind die Ausgaben für eigene Beförderungsmittel in Jahresfrist wieder leicht gestiegen.

Bei den Genußmitteln haben sich von 1958 bis 1959 die Ausgaben für Bohnenkaffee und Tee um 2,9 vH ermäßigt, jedoch wurde hinsichtlich der Bohnenkaffeemenge um 7,1 vH mehr eingekauft, was einerseits auf Preisrückgänge zurückgeht, andererseits auf günstigere Einkäufe oder unter Umständen auch auf Übergänge zu billigeren Sorten hinweist. Die Ausgaben für alkoholische Getränke lagen 1959 um 2,7 vH höher als 1958. Ausschlaggebend für die rückläufige Ausgabenentwicklung in der Gruppe Genußmittel waren die geringeren Einkäufe von Tabak und Tabakwaren, und zwar wurde hierfür in Jahresfrist um 29,8 vH weniger ausgegeben. Wird dieser Vorgang hinsichtlich der Stichmonate November 1958 und 1959 analysiert, so ergibt sich, daß für die Haushalte, die in beiden Monaten an den Erhebungen beteiligt waren, der Rückgang der Ausgaben für Tabak und Tabakwaren allein 15,3 vH betragen hat, und zwar deshalb, weil in drei Haushalten der Tabakverbrauch in Jahresfrist von 29,07 DM auf 10,05 DM im Monat abgesunken ist. Es bleibt hierbei offen, inwieweit die Einschränkung des Rauchens hinsichtlich der erfaßten Haushaltsart typisch ist oder ob es sich um reine Zufälligkeiten handelt.

In der Gruppe Heizung und Beleuchtung erklärt sich der Rückgang der Verbrauchsausgaben mit einem um ein Viertel geringeren Kohlebedarf, wofür einerseits die Witterungsverhältnisse in den Wintermonaten der Jahre 1958 und 1959 maßgebend waren. Andererseits hängt der Umfang der Einkäufe mit von den Restbeständen des Vorjahres ab, so daß beispielsweise zwei aufeinanderfolgende milde Winter auch die Kohlenbevorratung für den dritten Winter einschränken. Die Ausgaben für Gas und Strom stiegen im Berichtsjahr um 2,8 vH, wobei ein leichter Übergang zum größeren Verbrauch von elektrischem Strom festzustellen (Zunahme der kWh-Zahl je Haushalt 5,8 vH) ist.

Werden die gesamten Lebenshaltungsausgaben in eine Gruppe des überwiegend täglich notwendigen bzw. starren Bedarfes (Nahrungsmittel, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Reinigung und Körperpflege sowie Verkehr) und in eine zweite Gruppe des mehr elastischen Bedarfes (Genußmittel, Hausrat, Bekleidung sowie Bildung und Unterhaltung) unterteilt, so ergeben sich folgende Anteilsätze in vH an der Gesamtlebenshaltung:

Gruppe	1950	1958	1959
In jeweiligen Preisen			
Notwendiger bzw. starrer Bedarf	64,8	64,0	62,3
Elastischer Bedarf	35,2	36,0	37,7
In Preisen von 1950			
Notwendiger bzw. starrer Bedarf	64,8	60,4	58,6
Elastischer Bedarf	35,2	39,6	41,4

Diese Unterteilung gibt nur einen verhältnismäßig groben Anhalt, weil die Hauptbedarfsgruppen der Lebenshaltung nicht streng Ausgaben der einen oder der anderen Art zusammenfassen. Soweit jedoch mit dieser Einschränkung der

**Die Struktur des monatlichen Haushaltsbudgets eines Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalts der mittleren Verbraucherguppe¹⁾
in Baden-Württemberg**

Art der Einnahmen und Ausgaben	1950		1954		1957		1958		1959	
	DM	vH								
Arbeitsinkommen (brutto)										
des Haushaltsvorstandes	358,86	86,9	454,63	85,1	560,59	83,5	618,22	85,4	663,09	84,1
der Ehefrau	15,79	3,8	13,43	2,5	31,90	4,7	11,15	1,5	17,45	2,2
der Kinder	3,26	0,8	7,56	1,4	14,68	2,2	5,09	0,7	7,84	1,0
Arbeitsinkommen (brutto) insgesamt	377,91	91,5	475,62	89,0	607,17	90,4	634,46	87,6	688,38	87,3
Eigene Bewirtschaftung	4,62	1,1	5,58	1,0	8,08	1,2	10,73	1,5	10,75	1,4
Öffentliche Unterstützungen	6,47	1,6	14,70	2,8	13,63	2,0	9,28	1,3	9,66	1,2
Private Unterstützungen	11,35	2,7	17,19	3,2	14,36	2,1	29,12	4,0	33,56	4,2
Pensionen und Versicherungen	6,59	1,6	4,89	0,9	14,43	2,2	15,76	2,2	9,41	1,2
Sonstige Einnahmen ²⁾	6,01	1,5	16,39	3,1	14,12	2,1	24,81	3,4	37,15	4,7
Gesamteinnahmen³⁾	412,95	100	534,37	100	671,79	100	724,16	100	788,91	100
abzüglich										
Gesetzliche Versicherungen	31,37	7,6	33,79	6,3	42,85	6,4	57,96	8,0	58,86	7,5
Lohn- und Einkommensteuer ⁴⁾	9,77	2,4	13,45	2,5	13,34	2,0	13,79	1,9	11,73	1,5
Sonstige Steuern ⁵⁾	2,25	0,5	1,98	0,4	0,21	0,0	0,40	0,1	0,07	0,0
Ausgabefähige Einnahmen	369,56	89,5	485,15	90,8	615,39	91,6	652,01	90,0	718,25	91,0
Ausgaben für die Lebenshaltung	349,28	84,6	447,43	83,7	560,77	83,5	581,04	80,2	620,36	78,6
Sonstige Ausgaben	9,69	2,3	12,51	2,3	22,32	3,3	25,28	3,5	37,41	4,8
Verbrauchsausgaben⁶⁾	358,97	86,0	459,94	86,1	583,09	86,8	606,32	83,7	657,77	83,4
Differenz zwischen den ausgabefähigen Ein- nahmen und den Verbrauchsausgaben	+ 10,59	2,6	+ 25,21	4,7	+ 32,30	4,8	+ 45,69	6,3	+ 60,48	7,6

¹⁾ Monatliche Verbrauchsausgaben (seit September 1957) 420 bis 660 DM. — ²⁾ Vermietung, Zinsen, Rückvergütungen, Spielgewinn u. a. — ³⁾ Ohne Einnahmen aus Schuldenaufnahme, Abhebungen vom Sparkonto, Verkauf und Tausch, Wiedereingang ausgeglichener Gelder. — ⁴⁾ Einschließlich Kirchensteuer. — ⁵⁾ Einschließlich Notopfer Berlin bis September 1956. — ⁶⁾ Ohne Ausgaben für Steuern, Versicherungen, Schuldentilgung, Einzahlung auf Sparkonten, Ausleihen von Geld.

**Die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für die Lebenshaltung je Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt
der mittleren Verbraucherguppe in Baden-Württemberg**

Ausgabengruppe	1950		1954		1957		1958		1959	
	DM	vH								
Ausgaben in jeweiligen Preisen										
Nahrungsmittel	142,46	40,8	174,61	39,0	211,86	37,8	213,90	36,8	217,71	35,1
Genußmittel	14,14	4,0	27,77	6,2	31,11	5,5	32,95	5,7	30,69	4,9
Wohnung	37,55	10,8	46,80	10,4	62,39	11,1	71,69	12,3	82,67	13,3
Hausrat	22,90	6,6	43,34	9,7	49,39	8,8	46,95	8,1	64,19	10,4
Heizung und Beleuchtung	18,31	5,2	23,95	5,4	29,40	5,2	30,60	5,3	28,36	4,6
Bekleidung	60,07	17,2	57,14	12,8	82,77	14,8	72,36	12,5	76,70	12,4
Reinigung und Körperpflege	17,41	5,0	21,59	4,8	26,99	4,8	29,36	5,0	32,18	5,2
Bildung und Unterhaltung	25,96	7,4	36,51	8,2	43,44	7,8	56,75	9,8	62,27	10,0
Verkehr	10,48	3,0	15,72	3,5	23,42	4,2	26,48	4,5	25,59	4,1
Ausgaben für die Lebenshaltung	349,28	100	447,43	100	560,77	100	581,04	100	620,36	100
Ausgaben in konstanten Preisen (Jahr 1950)										
Nahrungsmittel	142,46	40,8	155,76	37,2	175,67	35,9	171,95	35,1	172,79	33,4
Genußmittel	14,14	4,0	32,59	7,8	37,12	7,6	38,81	7,9	35,89	6,9
Wohnung	37,55	10,8	43,53	10,4	51,69	10,6	58,52	11,9	65,72	12,7
Hausrat	22,90	6,6	42,00	10,0	44,10	9,0	40,65	8,3	55,72	10,7
Heizung und Beleuchtung	18,31	5,2	18,82	4,5	20,65	4,2	20,36	4,2	18,56	3,6
Bekleidung	60,07	17,2	58,97	14,0	80,36	16,4	68,20	13,9	72,02	13,9
Reinigung und Körperpflege	17,41	5,0	20,84	5,0	24,27	4,9	25,60	5,2	27,89	5,4
Bildung und Unterhaltung	25,96	7,4	33,31	7,9	36,11	7,4	46,52	9,5	50,63	9,8
Verkehr	10,48	3,0	13,36	3,2	19,50	4,0	19,54	4,0	18,72	3,6
Ausgaben für die Lebenshaltung	349,28	100	419,18	100	489,47	100	490,15	100	517,94	100

elastische Bedarf den gehobenen Verbrauch repräsentiert, so hat sich dessen Anteil an der Gesamtlebenshaltung in jeweiligen Preisen von 35,2 vH im Jahr 1950 auf 37,7 vH im Jahr 1959 erhöht. Effektiv hat der elastische Bedarf noch stärker an Bedeutung gewonnen, weil der Einfluß der Verteuerungen bei den zusammengefaßten Gruppen, die in etwa den täglich notwendigen bzw. den starren Bedarf repräsentieren, wesentlich größer war. Werden die tatsächlichen Lebenshaltungsausgaben mit dem Preisindex für die Lebenshaltung und dadurch mit einem Maß, das das Marktverhalten der Haushalte im Sinne einer Umgehung der Verteuerungen und der Ausnutzung von preisgünstigen Angeboten nicht berücksichtigt,

auf den Preisstand des Jahres 1950 gebracht, so wird eine noch größere Verschiebung in Richtung des elastischen Bedarfes deutlich. Nach der modellmäßigen Ausschaltung des Preiseinflusses entfiel von dem effektiven Zuwachs an Lebenshaltungsausgaben von 1950 bis 1959 für die Gruppen mit notwendigem bzw. starrem Bedarf 48 vH auf eine reale Verbrauchsanhebung und für die Gruppen des elastischen Bedarfes ein entsprechender Anteil von 82 vH. Für die Zeit von 1958 bis 1959 beträgt der Anteil der realen Verbrauchsanhebung, qualitativ oder quantitativ, an den Mehrausgaben für den notwendigen bzw. starren Bedarf 53 vH und für den elastischen Bedarf 81 vH.

Hans Schneider